

Genossen hoffen auf mehr Zeit

BESA diskutiert mit Politikern aus Bund und Land über Vertrauensschutz beim EEG-Gesetz

Von Josef Theising

SENDENHORST/ALBERSLOH. Was kommt und vor allem, wann es kommt, wissen sowohl die einen, als auch die anderen nicht. Fest steht aber für die Politiker aus Düsseldorf und Berlin wie für den Vorstand der Bürger-Energie-Genossenschaft, dass etwas kommen wird: die Überarbeitung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes.

Das ist an sich nicht neu, denn angekündigt ist eine Gesetzesnovelle schon länger. „Es war allen klar, dass es eine Veränderung geben wird“, sagt Annette Watermann-Krass, die für die SPD im Landtag sitzt.

Bernhard Borgmann, Sprecher der „Bürger-Energie-Genossenschaft Sendenhorst & Albersloh“ (BESA),

»Wir sind ein bisschen nervös geworden.«

Bernhard Borgmann

widerspricht dem beim Treffen im Sendenhorster Rathaus nicht. „Wir müssen eine Veränderung haben“, meint auch er. Aber: Bundeswirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel solle „den Zeitplan überdenken“, sagt Borgmann. Und das aus Sicht der Genossenschaft am besten so lange, bis der Bürgergenossenschaft die Baugenehmigung für das geplante Windrad in der Bauerschaft Alst vorliegt. Borgmann erwartet „Vertrauensschutz für die Investitionen“, die bereits im bisherigen Planungs- und Genehmigungsverfahren getätigt worden seien.

Die Hoffnung des Vorstands und der Mitglieder der BESA ruht dabei auf eine

Verschiebung des Gesetzesterrains in den Herbst. Drei Millionen Euro will die BESA in die Windkraftanlage investieren. Das Planungsrecht sei geschaffen, das Grundstück gesichert, und die Einspeisevereinbarungen mit der RWE seien getroffen. Nun müsse noch bis Ende Juni auf die letzten Ergebnisse der Umweltuntersuchungen gewartet werden, die – so die Vorschrift – ein

KOMMENTAR

Weniger Rendite

Die Ideen für die Überarbeitung des komplexen und in Sachen Finanzierung komplizierten EEG-Gesetzes sind relativ simpel. Die Regierung will die Förderhöhen für neue Windkraftanlagen kürzen und den Verkauf der „grünen“ Stroms „marktnäher“ gestalten. Dabei sollen Anlagenbetreiber keine überhöhte Renditen kassieren. Noch soll zudem das bisherige Prinzip der garantierten Ökostrom-Abnahme zum Festtarif auf Dauer bestehen bleiben.

Das trifft nicht nur Sendenhorst. Aber die geplante BESA-Anlage ist ein gutes Beispiel dafür, was passieren kann, wenn sich dessen Planer nicht auf eine Änderung des Gesetzes eingestellt haben und diese dann doch für alle Beteiligten relativ zügig kommen soll.

Wann das Gesetz in Kraft tritt, ist offen. Nicht wahrscheinlich ist dabei aber, dass es für Sendenhorst Sonderkonditionen geben wird. Und auf längere Sicht wohl auch kaum viele weitere Windräder. *Josef Theising*

komplettes Vegetationsjahr in Anspruch nehmen würden. 30 000 Euro habe die BESA bisher investiert.

Und nun: „Wir sind ein bisschen nervös geworden“, sagt Borgmann. Denn die BESA erwarte die Genehmigung ihrer Anlage bis Ende August/Anfang September. Und sie hofft, dass bis dahin die bisherigen Einspeisevergütungen noch nicht über Bord gekippt wurden, damit der Betrieb rentabel sei.

Denn es geht nicht nur um die Energiewende. Es geht auch um Dividende, die den „grünen Strom“ für Investoren auf dem Land attraktiv machen würde, sagt Borgmann. „Bei einem Cent weniger pro Kilowattstunde sind wir tot“, erklärt der BESA-Vorsitzende.

Den Stichtag 22. Januar für die Vorlage einer Genehmigung auf der Grundlage der bisherigen Regelungen habe das Bundeswirtschaftsministerium gekippt, erläutert SPD-Bundestagabgeordneter Bernhard Daldrup. Aber: „Aus dem 22. Januar wird kaum der 1. Dezember.“ Und: „Das wird knapp“, sagt er mit Blick auf die BESA-Wünsche. Der Termin für den Stichtag werde vermutlich Anfang April feststehen.

Daldrup ist wie der BESA-Vorstand davon überzeugt, dass die Energiewende nur mit Gewinnen – sprich Investoren – zu machen ist. „Man braucht beides“, erklärt er. Aber, so Henning Rehbaum, heimischer CDU-Verehrer im Düsseldorfer Landtag, die EU sehe die bisherige Finanzierung der erneuerbaren Energien in Deutschland nun mal als unzulässige Beihilfe an.

Und natürlich geht es, sind sich die drei Politiker aus Düsseldorf und Berlin einig, auch um den Preis, den die



Die BESA-Genossenschaft möchte in der bestehenden Vorhangzone ein weiteres Windrad bauen. *Foto: Josef Theising*

Bürger für den Strom bezahlen müssen. Und da gehe es auch um die Befreiung von der EEG-Umlage bei Unternehmen, die viel Strom verbrauchen. Und von diesen gebe es im Kreis Warendorf immerhin bereits sechs, die von den übrigen Stromzählern quasi mitfinanziert würden.

Das EEG-Gesetz

Im Januar hat Wirtschafts- und Energieminister Sigmar Gabriel ein Eckpunktepapier zur Erneuerbare-Energien-Gesetz-(EEG) Reform vorgestellt, das auf den Vorgaben des Koalitionsvertrags basierte, einschließlich niedrigerer Einspeisetarife und einem gebremsten Ausbau. Das Gesetz steht für den Vorrang erneuerbarer Energien, regelt die bevorzugte Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Quellen ins Stromnetz und garantiert deren Erzeugern feste Einspeisevergütungen. Während das EEG in Bezug auf den Ausbau der erneuerbaren Energien bislang als erfolgreich galt, werden dessen ökonomische und ökologische Effizienz sowie Teilaspekte wie Ausnahmeregelungen für die Industrie kontrovers diskutiert.



Der Vorstand der BESA und Aufsichtsratsvorsitzender Berthold Streffing (4.v.re.) diskutierten mit den heimischen Parlamentsvertretern über die geplanten Änderungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes. *Foto: Josef Theising*